Nummer 105

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 70. Jahrgang. Mittwoch, 4. März 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte, sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Steglitz. Inseratenteil: H. Rengelewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Rmk., Stellungsuchende 0,40 Rmk., Reklamezeile 4,50 Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Peseten, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat März 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Der schwierige Kuhhandel.

Die Botschafterkonferenz auf Freitag vertagt. Foch wird um weitere Auskünfte ersucht.

TU Paris, 3. März.

Die Botschafterkonferenz tagte heute vormittag von 10 bis ½1 Uhr. Marschall Foch wohnte der Sitzung bei. Nach Schluß der Sitzung wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: Die Botschafterkonferenz hat in ihrer heutigen Sitzung den Bericht der interalliierten Kontrollkommission zur Kenntnis genommen. Es wurde beschlossen, nähere Aufklärungen über gewisse Punkte des Berichts von dem interalliierten Militärkommissar zu erbitten. Ein neuer Bericht (d. h. ein neues Gutachten) wird im Laufe der Woche ausgearbeitet und der Botschafterkonferenz bei ihrer nächsten Sitzung vorgelegt werden. Die Sitzung der Botschafterkonferenz, in der sie sich erneut mit dem Kontrollbericht befassen wird, ist auf kommenden Freitag festgesetzt.

Das Memorandum Chamberlains.

Angebliche deutsche Verhandlungen mit den Alliierten.

EP London, 3. März.

„Evening Standard" teilt mit, daß der Kabinettsrat gestern das Memorandum Chamberlains über die allgemeinen Richtlinien der englischen Außenpolitik nicht behandelt habe. Dieses Memorandum existiere allerdings. Es enthalte aber lediglich die persönlichen Ansichten Chamberlains. Ferner teilt das Blatt mit, daß Deutschland in der letzten Zeit bei der französischen, der englischen, der italienischen und der belgischen Regierung über einen Abschluß eines Garantievertrages Schritte getan habe und daß dieser Schritt der deutschen Regierung zu einem Meinungsaustausch zwischen den alliierten Regierungen geführt habe. Die englische Regierung wisse diesen Beweis eines guten Willens Deutschland zu schätzen, habe sich aber geweigert, mit Deutschland zu diskutieren, bevor sie sich mit den Alliierten verständigt habe und sie habe diesen Standpunkt der deutschen Regierung in höflicher Form mitgeteilt. Ein englischer Sicherheitsplan werde gegenwärtig geprüft.

Die russisch-französischen Beziehungen.

Mtb Moskau, 3. März.

Die „Ekon. Shizn" widmet ihre Nummer vom 25. Februar den russisch-französischen Handelsbeziehungen und der Lyoner Messe. In einem sonst sehr freundschaftlich gehaltenen Aufsatz stellt der französische Botschafter Herbette mit großer Offenheit fest, daß zwischen Frankreich und Sowjetrußland eine Frage bestehe, die der Entwicklung der Handelsbeziehungen hinderlich sei. Dies sei die Regelung der Finanzfragen der Vergangenheit. Warum, so schreibt Herbette, sollen wir das Vorhandensein dieser Schwierigkeiten leugnen? Es ist viel vorteilhafter und ehrlicher zu sagen: Wollen wir diese Schwierigkeit dazu benutzen um unsere Initiative zu zeigen die die Beziehungen zwischen beiden Staaten bessern und ihr allgemeines Wohlergehen fördern wird.

Eröffnung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 3. März.

An dem am 13. Januar 1925 mit Polen abgeschlossenen Provisorium war der Beginn der Handelsvertragsverhandlungen für den 1. März d. J. vereinbart worden. Dementsprechend sind heute im Auswärtigen Amt die beiderseitigen Delegationen zur Eröffnung dieser Verhandlungen zusammengetreten. Die polnische Delegation wird wie im Januar von Exzellenz von Karlowski geführt. Als deutscher Unterhändler ist der frühere Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Exzellenz Lewald, bevollmächtigt worden.

Beide Delegationsführer haben in ihren Begrüßungsansprachen die Erwartung ausgesprochen, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen mögen. Dabei wurde von beiden auch des verstorbenen Reichspräsidenten gedacht und Exzellenz von Karlowski brachte das Beileid der polnischen Delegation zum Ausdruck.

Die polnische Delegation wird in Begleitung von Exzellenz Lewald am Donnerstag zum Besuch der Messe nach Leipzig fahren; am darauffolgenden Tage sollen dann die sachlichen Besprechungen hier beginnen.

Zustellung der Anklage gegen Sklarz.

TU Wien, 3. März.

Heute wurde den in der Möllersdorfer Affäre Beschuldigten Leon Sklarz, Helmut Neumann, Siegfried Neußöfer, Karl Pitner und Werkmeister Hermann Brandl die Anklage wegen Betrug und Veruntreuung zugestellt. Sklarz wurde die Anklage nach Berlin übersandt.

Arbeitsruhe und Verkehr.

Bekanntlich haben die Gewerkschaften aufgerufen, am Donnerstag, am Tage der Beisetzung des Reichspräsidenten in Heidelberg die Arbeit um 11 Uhr auf 15 Minuten ruhen zu lassen. Diese Mahnung wird fast in der ganzen Industrie befolgt werden und auch die Arbeitgeber haben sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt. In den öffentlichen Werken, in den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken wird die Arbeitsruhe technisch nicht durchführbar und man wird hier wahrscheinlich nur 1—3 Minuten feiern. Schwierig liegen die Dinge im Verkehrswesen. Die maßgebenden Vertreter der Berliner Verkehrsgesellschaften haben zusammen mit Vertretern der Arbeiterschaft im Polizeipräsidium die Frage der Verkehrspause am Donnerstag geprüft und man ist übereinstimmend zu der Ansicht gekommen, daß eine 15-Minuten-Stockung unbenkbar sei, daß sich eine Verkehrsverstopfung ergeben würde, die bis in die tiefen Nachtstunden hinein andauern müßte.

Bei der Reichsbahn

hat es sich bereits anläßlich der Ruhepause zum Andenken des verstorbenen Reichsministers Walter Rathenau gezeigt, daß die Verkehrspause von nur einer Minute zu Komplikationen geführt hat, die jedoch durch erhöhte Aufmerksamkeit des Personals ausgeglichen werden konnten. Eine 15-Minuten-Pause im gesamten deutschen Eisenbahnbetrieb würde dagegen zu unübersehbaren Folgen führen. Die Reichsbahn hat deshalb nach langen Erwägungen sich entschlossen, eine Verkehrspause nicht einzuschalten. Dagegen wird dem Personal nach Möglichkeit Gelegenheit gegeben, an den Trauerfeiern am Mittwoch teilzunehmen.

Sämtliche Verkehrsunternehmungen haben überdies große Vorbereitungen getroffen, heute nachmittag den mit Sicherheit zu erwartenden Riesenansturm der von den Trauerfeiern heimkehrenden Massen aufzunehmen. Da mit Sicherheit anzunehmen wäre, daß

die Untergrundbahn am Potsdamer Platz

in wenigen Minuten gestürmt würde, wird die Untergrundbahnstation Potsdamer Platz und Kaiserhof gesperrt werden. Dadurch wird zweifellos erreicht werden, daß die Massen sich zunächst etwas verteilen und da zudem die Eisenbahn Verstärkungszüge einsetzen will, wird es hoffentlich ohne Unfälle gelingen, den Abtransport der Teilnehmer an der Trauerkundgebung reibungslos durchzuführen. Auch

die Straßenbahn

wird, da der Potsdamer Platz von 2 Uhr nachmittags an für jeden Verkehr bis in die Abendstunden gesperrt bleibt, die Wiederaufnahme des Betriebes außerordentlich vorsichtig durchführen, um Unfälle auszuschalten. Infolge der Absperrungen finden in der Zeit von 2 bis 7 Uhr umfangreiche Linienumlegungen statt, von denen die Linien betroffen werden, die die Gegend des Potsdamer Platzes berühren. — Alle postierten Aufsichtsbeamten werden über die veränderte Linienführung Auskunft erteilen.

Amtlich wird hierzu vom Polizeipräsidenten mitgeteilt.

1. Für jeden Durchgangsverkehr von Fahrzeugen einschließlich aller öffentlichen Verkehrsmittel mit Ausnahme der Untergrundbahn wird von 2 Uhr nachmittags ab ein Raum gesperrt, der durch folgende Straßen umgrenzt ist: Mittelstraße, Schadowstraße, Dorotheenstraße Ecke Neue Wilhelmstraße, Reichstagsufer von der Marschallbrücke ab, Kronprinzenufer, Richard-Wagner-Straße, Spreeweg, sämtlich einschließlich, Bellevue-Allee, Kemperplatz, Viktoriastraße, Königin-Augusta-Straße, Hofenplatz, Schöneweiger Straße, Rathenscher Platz, Anhaltstraße, sämtlich ausschließlich, Kochstraße einschließlich, Friedrichstraße von Kochstraße bis Mittelstraße ausschließlich.

Um diesen Raum werden die öffentlichen Verkehrsmittel während der Absperrung herumgeleitet.

2. Die Untergrundbahn hält ihren Betrieb aufrecht, jedoch sind die Bahnhöfe Potsdamer Platz und Kaiserhof von 2 Uhr ab bis zur Aufhebung der Sperre geschlossen.

Die Reichsbahn verkehrt bis zum Potsdamer und Mannsfeldbahnhof, Zu- und Abgang für das Publikum vom Hafenplatz aus durch die Köthener Straße. Es wird drauf hingewiesen, daß Organisationen, die nicht ausdrücklich zur offiziellen Trauerzuge zugelassen sind, sich an diesen nicht anschließen dürfen. Sie können aber, wie das Publikum, an dem am Potsdamer Bahnhof ausgebahrten Sarge später vorbeidefilieren.

3. Gleichzeitig von 2 Uhr nachmittags ab wird der Fußgängerverkehr für einen Raum, der durch folgende Linie gekennzeichnet ist, gesperrt: Platz nördlich und westlich des Reichstags, einschließlich mit Ausnahme des Königsplatzes an der Siegessäule, Friedenssäule, Platz westlich des Brandenburger Tors, Budapester Straße, sämtlich einschließlich, Lennéstraße ausschließlich. Von da ab dieselbe Linie wie oben bis zur Wilhelmstraße. Diese ausschließlich südlich der Kreuzung mit der Leipziger Straße, Leipziger Straße östlich dieser Kreuzung ausschließlich, Friedrichstraße, Jägerstraße, Mauerstraße, Schadowstraße ausschließlich, Dorotheenstraße Ecke Neue Wilhelmstraße ausschließlich, Reichstagsufer westlich der Marschallbrücke einschließlich.

Zutritt hat das Publikum zum Königsplatz an der Siegessäule.

Es ist damit zu rechnen, daß die Sperre erst in den späten Nachmittagsstunden, in der nördlichen Hälfte etwa gegen 5 Uhr, in der südlichen erst später, aufgehoben wird.

Nach den Feierlichkeiten am Reichstag wird der Sarg nach dem Potsdamer Bahnhof übergeführt und dort vor der Mitteltreppe bis zur Verladung nach Heidelberg aufgebahrt. Anschließend erfolgt das Vorbeidefilieren von Vereinen, Organisationen usw. und dem Publikum, und zwar in der Richtung von der Budapester Straße am Bahnhof vorbei nach der Königgrätzer Straße. Wer hieran teilnehmen will, muß durch die Bellevuestraße, Budapester Straße, Lützowstraße und Leipziger Straße kommen. Die Sperre in diesen Straßen sowie im ganzen nördlichen Teil wird für Fußgänger rechtzeitig aufgehoben werden. Der Verkehrssturm auf dem Potsdamer Platz wird durch Lichtzeichen diese Maßnahmen unterstützen.

Für die Absperrmaßnahmen sind umfangreiche Kräfte der Schutzpolizei aufgeboten, ebenso weitere, die eventuelle Störungen energisch verhindern werden.

*

Um der Trauer der Reichsbeamten über den Tod des Reichspräsidenten Ausdruck zu verleihen, hat die Reichsregierung beschlossen, daß die Reichsminister und die leitenden Beamten der Reichsministerien sich während der Dauer von vier Wochen nach dem Tode des Reichspräsidenten, also bis einschließlich 28. März 1925, der Teilnahme an allen gesellschaftlichen Veranstaltungen amtlicher oder halbamtlicher Art enthalten.

Die Vorbereitungen in Heidelberg.

Heidelberg, 3. März.

Die Anmeldungen zu der Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten für den Reichspräsidenten Ebert sind sehr zahlreich eingetroffen. Heute nachmittag wird eine Verkehrskonferenz stattfinden, die sich mit der Frage der Einlegung von Sonderzügen befassen wird. Um den ungestörten Verlauf des Trauerkondukts zu sichern, wird die Polizeibehörde von Heidelberg alle notwendigen Vorkehrungen treffen. Alle Teilnehmer, die Spalier bilden wollen, müssen sich, wie die „Neue Mannheimer Zeitung" erfährt, schon um ½9 Uhr auffinden. Die Rohrbachstraße wird schon in aller Frühe für den Wagen- und Fußgängerverkehr gesperrt werden. Der Friedhof selbst kann nur mit Eintrittskarte betreten werden. Für die evtl. am Vormittag noch eintreffenden Vertreter auswärtiger Behörden und der Presse usw. werden auf der Bahnhofswache Vorkehrungen getroffen, damit sie dort noch Karten erhalten. Nach der offiziellen Feier wird der Friedhof für das Publikum zur Besichtigung des Grabes freigegeben werden. Die Stadtverwaltung wird nicht nur das Grab der Mutter Eberts, sondern auch sein Geburtshaus in der Pfaffengasse mit würdigem Schmuck versehen lassen. Auf dem Bahnhofplatze herrscht rege Arbeit. Die Gerüste für die großen Pylonen und den übrigen Trauerschmuck sind bereits fertiggestellt.

Die Sitzung des Reichsrats am 5. März.

Am Donnerstag, den 5. März findet eine Vollsitzung des Reichsrats statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Mitteilung über die Ernennung von Bevollmächtigten zum Reichsrat. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Entwurf eines Gesetzes über die vierteljährliche Gehaltszahlung.

Zur Ausweisung von Deutschen aus Rumänien.

Von amtlicher Seite ist erklärt worden, daß die Meldungen von Ausweisungen Reichsdeutscher aus Rumänien nicht den Tatsachen entsprechen. Demgegenüber wird dem Deutschen Handelsdienst, aus Wirtschaftskreisen, die in Rumänien vertreten sind, mitgeteilt, daß allerdings die Ausweisungen nicht direkt als solche ausgesprochen werden; dagegen werden die Aufenthaltserlaubnisse der Deutschen Reichsangehörigen in Rumänien nicht verlängert, sodaß die Betreffenden nach Ablauf der Genehmigungsfrist gezwungen sind, das Land zu verlassen. Im Endeffekt käme diese Maßnahme der rumänischen Regierung also auf dasselbe heraus, wie ausdrückliche Ausweisungen.

Der Feldzug gegen das deutsche Schulwesen in der Tschechoslowakei.

Prag, 3. März.

Nach der Feststellung des Schulausschusses der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakei wurden in Böhmen, Mähren und Schlesien im gegenwärtigen Schuljahr über 500 deutsche Schulklassen gesperrt. In manchen Bezirken beträgt der Verlust für das deutsche Schulwesen 14 Prozent der gesamten Klassenzahl. Seit Kriegsende sind im ganzen 20 Prozent der deutschen Lehrerschaft abgebaut worden. Der Schulkampf im Hultschiner Lande äußert sich im Verbot des deutschen Privatunterrichts und des Besuch der benachbarten deutschen Schulen in Schlesien.

Neuer Erfolg der bulgarischen Kommunistenjagd.

Sofia, 3. März.

Im Kreise Küssendil an der jugoslawischen Grenze entdeckte die Kriminalpolizei in den Dörfern Semen und Poleitnci ein neues Munitionslager, in dem 300 Gewehre, 82 000 Patronen und 180 Kilogramm Sprengstoff beschlagnahmt wurden. Es sind mehrere Personen verhaftet worden, die bei ihrer Vernehmung gestanden, daß sie in Verbindung mit der revolutionären Emigrantenorganisation in Nisch und Belgrad in Verbindung standen.

Der deutsche Rhein in Gefahr!

Die Politik, die Frankreich uns gegenüber treibt, ist das Produkt kühlster und vorsichtigster Erwägungen. Hinter dem Schleier des Lärms, der über deutsche „Nichterfüllungen", über den Fund verrosteter Seitengewehre und ausrangierter Akten geschlagen wird, treibt man in Frankreich Zug um Zug praktische Politik im Interesse der Befestigung der französischen Macht. Ein Beispiel dafür, wie fast unbemerkt Entwicklungen von einschneidender Bedeutung sich jenseits der deutschen Grenze und mit der Spitze gegen Deutschland anbahnen, bieten die (in unserm Handelsteil bereits mehrfach angedeuteten) Vorbereitungen zum Bau des großen Schiffahrtskanals Basel—Straßburg. Um es in großen Strichen vorweg zu nehmen: Der Kanal soll dem Rhein auf der badischen Strecke die Schiffahrt entziehen, er soll das Elsaß industriell neu erschließen und die elsässische Industrie verkehrstechnisch vom Rhein unabhängig machen, er soll die Gefällanlagen mit ihrer gewaltigen Wasserkraft in den Dienst der nordostfranzösischen Industrie stellen.

Es ist keinen Zweifel darüber geben kann, daß diese verkehrstechnische Stillegung des deutschen Oberrheins für Deutschland eine Angelegenheit von eminenter politischer Bedeutung ist, muß auf sie jetzt hingewiesen werden, denn das erste Stadium der Entwicklung steht vor dem Abschluß. Nach Meldungen ausländischer Blätter ist es zwischen der Schweiz und Frankreich zu einem, wohl noch nicht schriftlich formulierten, aber mündlich beiderseits sanktionierten Uebereinkommen gekommen, durch das der Bau des Rhein-Seiten-Kanals in dem von Frankreich gewünschten Umfange durch die eidgenössische Regierung zugebilligt ist. Wenn man erwägt, wie lange die Schweiz sich gegen den Kanal gesträubt und den deutschen Plan, der die Regulierung und Kanalisierung des RheinstromBettes anstrebt, unterstützt hat, wenn man ferner erwägt, welche Folgen der Bau des Kanals für die Schweizer Wirtschaft mit sich bringen muß, so kommt man leicht zu der Vermutung, daß der Schweiz von Seiten Frankreichs außerordentliche Zugeständnisse auf anderen Gebieten — wahrscheinlich, wie gewöhnlich, auf Deutschlands Kosten — gemacht sein müssen. Denn eins der Ziele, die Frankreich hier erstrebt, ist die Abdrängung des Schweizer Transitverkehrs zum Meere von dem natürlichen Rheinwege hinweg in das französische Kanalsystem hinein. Straßburg soll zu einem der größten Umschaghäfen Frankreichs werden.

Da die Franzosen sich jetzt keine Mühe mehr geben, die Einzelheiten des gewaltigen Projektes zu verheimlichen, ist man über Anlage, Beschaffenheit und Lauf des Kanals, der praktisch nichts weiter als die Ablenkung und Trockenlegung des deutschen Rheins bedeutet, einigermaßen orientiert. Südlich der badischen Stadt Märkt durchfließt der Rhein eine Strecke, auf der er zu beiden Seiten Schweizer Gebiet bespült. Auf der Mitte dieser Strecke liegt Basel. Dicht bei Basel soll ein mächtiger Staudamm quer durch den Rhein gezogen werden. Schleusenanlagen regeln die Verteilung des Rheinwassers, das vom Bodensee herströmt, auf den alten Rheinlauf und den neuen Kanal, der wenige hundert Meter von dem Staudamm entfernt sich südlich abzweigt, dann im Bogen nach Norden, die französische Grenze westlich Basel durchkreuzend, parallel dem Rhein sich durch die elsässische Ebene bis Straßburg hinziehen soll. Das natürliche Gefäll des Kanals von Basel bis Straßburg wird durch sieben Schleusenanlagen geregelt, deren Wasserkraft man auf 785 000 Pferdekräfte schätzt. Diese Riesenkraft soll in den Dienst der nordostfranzösischen Industrie gestellt werden. Die Kraft des deutschen Rheines soll hier helfen, das Kriegswerkzeug gegen Deutschland zu schmieden. Wenn man sich einen Begriff davon machen will, welche Wassermassen vom Rhein abgelenkt werden sollen, so genügt es zu wissen, daß der Seitenkanal 100 Meter breit und 6 Meter tief werden soll. Es ist berechnet, daß von den 850 Kubikmetern Wasser, die durchschnittlich pro Sekunde im Oberrhein sich dem Meere entwälzen, 800